

# "Die wollen deine Seele"

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Mark Lilla gilt als einer der schärfsten Kritiker aktueller linker Bewegungen. Im Interview erklärt er, warum die Identitätspolitik für ihn ein Irrweg ist.

Interview: **Lars Weisbrod**

10. Januar 2018, 16:54 Uhr | Editiert am 12. Januar 2018, 11:18 Uhr | [119 Kommentare](#)  
[AUS DER ZEIT NR. 03/2018](#)



*Kultureller Einfluss, aber keine echte Macht? Die US-Sängerin Beyoncé (Bildmitte) wird gefeiert, weil sie schwarzen Frauen eine Stimme gibt. © ddp/Capital Pictures*

DIE ZEIT: Herr Lilla, spätestens seit Trumps Wahlsieg wird in Amerika und Europa der Linken ein großer Vorwurf gemacht: Sie hätten sich zu sehr auf Fragen der Repräsentation einzelner Identitäten kapriziert, also nur noch für "Gender-Klos" und Ähnliches gekämpft und nicht mehr für alte linke Ideen wie Solidarität und

Umverteilung. Diskutiert wird dies unter dem Schlagwort Identitätspolitik. Ihr kürzlich erschienenenes Buch *The Once and Future Liberal: After Identity Politics* ist eine Generalabrechnung mit dieser Strömung – aber auch eine historische Analyse. Die Wurzeln der *identity politics* lassen sich in den USA bis in die sechziger Jahre zurückverfolgen. Was geschah damals?

Mark Lilla: Wichtig war jene Umbruchphase, als weiße Amerikaner in die Vorstädte zogen. Dadurch lösten sich traditionelle Bindungen, während die Menschen gleichzeitig wohlhabender und individualistischer wurden. Aus dieser neuen suburbanen Welt heraus ist einerseits die mit Reagan verbundene neoliberale Ideologie entstanden, also ökonomischer Individualismus – andererseits aber auch ein starker kultureller Individualismus.

ZEIT: Ein Vorläufer der Identitätspolitik?

Lilla: Man wollte sich selbst definieren dürfen – seine Identität. Frauen wollten sich von traditionellen Familienmodellen befreien. Man war plötzlich auf Sinnsuche. Als diese Sinnsuche dann mit politischen Fragen verknüpft wurde, begann die Identitätspolitik. Man wollte gleichzeitig etwas in der Welt bewegen und sich eine Identität zulegen.

ZEIT: Sie schreiben, der Slogan "Das Private ist politisch" sei pervertiert worden: Inzwischen ist alles Politische bloß ein Teil meiner privaten Identität.

Lilla: Und deswegen ist unser Blick für politische Fragen so eng geworden. Aus der Perspektive der Identitätspolitik lässt sich zum Beispiel Solidarität überhaupt nicht begründen. Weil man sich an einem Tag der einen seiner Identitäten näher fühlt, am anderen Tag einer anderen. Es fehlt Verbindlichkeit. Ich war neulich zu Gast in der Radiosendung einer sehr klugen Frau, die in San Francisco einen LGBT-Podcast moderiert. In der Sendung sagte sie zu ihren Hörern: "Ach du je, ich beschäftige mich mittlerweile mit so vielen politischen Angelegenheiten, weil ich in diesen schwierigen Zeiten so viele neue Aspekte meiner Identität entdeckt habe." Als könne sie sich gar nicht mehr vorstellen, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, die nicht ihre eigene Identität berühren. So erklärt sich das schrumpfende Interesse an Umweltpolitik, an

Außenpolitik. Das sind alles Fragen, die nichts mit meiner Selbstdefinition zu tun haben, und deswegen interessieren sich junge Linke nicht dafür.

ZEIT: Warum führt Identitätspolitik überhaupt zu dieser Stärkung des Identitätsbegriffes? Lief die Ursprungsidee nicht auf das Gegenteil hinaus – auf die Dekonstruktion von Identität?

Lilla: Man findet beides. Wobei "Dekonstruktion" natürlich nur was für reiche Kinder aus der Bourgeoisie ist, die an wahnsinnig teuren Eliteuniversitäten studieren. Die sind die Einzigen auf der Welt, die sich für Dekonstruktion interessieren – und sie gehören zu den privilegiertesten Menschen auf Gottes grüner Erde. Daneben gibt es dann noch einen affirmativen Umgang mit dem Identitätsbegriff. Aber das ist schlicht die amerikanische Variante der französischen Dekonstruktion: *I can make myself!* Statt Dekonstruktion erschafft man sich hier seine eigene Identität. Selbstverständlich ist das für Studenten reizvoll. Wenn Sie jung sind, und jemand fragt Sie: "Willst du, dass ich dir mikroökonomische Theorien erkläre? Oder willst du lieber, dass wir ein bisschen über *dich* sprechen?" – dann ist doch klar, was Sie antworten. Klar wollen die Studenten lieber über sich selbst sprechen. Das ist ganz natürlich.

ZEIT: Aber unterschlagen Sie bei alledem nicht den Kerngedanken der Identitätspolitik? Es geht doch nicht darum, dass einfach jeder über sich selbst spricht. Identität ist nur insofern bedeutend, wie sich in ihr Machtverhältnisse zeigen.

Lilla: Was meinen Sie? Nennen Sie ein Beispiel.

ZEIT: Nehmen Sie die Diskussion um "kulturelle Aneignung". Manche Linke findet es nicht gut, wenn Weiße schwarze Musik spielen oder Dreadlocks tragen. Ob diese Kritik berechtigt ist oder nicht: Man versteht sie nur, wenn man das Machtungleichgewicht sieht. Kritisiert wird ja nicht, dass sich Kulturen vermischen – sondern dass sich Privilegierte an der Kultur der Marginalisierten bedienen.

Lilla: Wir müssen erst einmal politische Macht von kultureller Macht unterscheiden. Politische Macht heißt, Menschen etwas tun zu lassen, das sie sonst nicht tun würden.

Für mich ist das die einzige relevante Form von Einfluss in einer Gesellschaft. Die identitätspolitische Linke interessiert sich mehr für kulturellen Einfluss, für kulturelle Vorherrschaft, für eine Form von Macht, die völlig vage bleibt. In den USA hat afroamerikanische Musik weiße amerikanische Musik verdrängt, auch wenn gleichzeitig Afroamerikaner wenig echte, tatsächliche politische Macht haben. Auch der kulturelle Einfluss von Frauen ist enorm, der weibliche Blick auf die Welt wird mehr und mehr unser Blick. Wir werden weicher dadurch. Aber was bedeutet das politisch? Linke, die dauernd über diese kulturellen Machtfragen reden, haben sehr naive Vorstellungen – sowohl von Kultur als auch von Macht.

ZEIT: Noch einmal: Identitätspolitik heißt doch nicht, einfach jeden über seine Identität schwadronieren zu lassen. Es sollen aber jene, die gerade wegen ihrer Identität marginalisiert sind, gehört werden: schwarze Frauen, Transgender-Personen.

Lilla: Sobald man Identität zu einem so bedeutenden Begriff in der politischen Auseinandersetzung macht, ist es unausweichlich, dass auch jene, die nicht unterdrückt werden, in Identitätskategorien von sich denken. Entweder jeder hat eine Identität – oder keiner. Aber mich interessiert *Politik*. Und das hat alles nichts mit Politik zu tun. Das ist nur kulturelles Theater! Politik bedeutet: über institutionelle Macht verfügen, Gesetze erlassen, Gesetze durchsetzen. Und damit jene Minderheiten schützen, um die man sich sorgt. Das ganze Gerede über Identität trägt dazu überhaupt nichts bei. Mehr noch: Es ist sogar hinderlich. Denn Wähler in der politischen Mitte oder rechts sehen diese ganze Theatralik der Linken und laufen davon.

ZEIT: Warum sind Identitätspolitik und echte Politik für Sie überhaupt solche Gegensätze? Warum nicht beides gleichzeitig machen?

Lilla: Weil Identitätspolitik nichts anderes ist als amerikanischer Evangelikalismus, angewendet auf die kulturelle Sphäre. Wenn europäische linke Bewegungen sich radikalieren, werden sie gewalttätig, sie bekämpfen den Staat, wie die RAF. Wenn linke amerikanische Gruppen sich radikalieren, werden sie zu evangelikalen Sekten. Sie bekämpfen nicht den Staat – die wollen deine Seele. Die wollen, dass du

niederkniest und deine Sünden beichtest. Das ist, was Identitätspolitik letztlich will. Nicht eine Änderung der Machtverhältnisse. In der Politik sollte man die Messlatte für Einigkeit nie höher legen, als es sein muss. Wenn ich Sie überzeugen kann, Demokraten zu wählen, nur indem ich sage: "Dein Kind ist krank, und du kannst deine Arztrechnungen nicht mehr bezahlen. Republikaner interessiert das aber nicht!" – dann ist das alles, worüber ich sprechen muss. Identitätspolitik heißt aber, bei jemandem an die Tür zu klopfen und zu sagen: "Hallo, ich komme von der Demokratischen Partei, aber bevor ich Ihnen von unserem Wahlprogramm erzähle, muss ich Ihnen erst drei Strafzettel ausstellen. Einen für Ihre weißen Privilegien, einen für Rassismus und einen für Homophobie. Bitte wählen Sie uns am Dienstag!"

ZEIT: Welche Strategie verfolgt die identitätspolitische Linke mit dieser moralischen Überforderung?

Lilla: Ehrlich gesagt glaube ich, dass die gar keine Strategie haben. Sie wollen auch keine. Es geht ihnen ja nur darum, sich selbst auszudrücken und sich immer weiter zu radikalisieren.

ZEIT: Identitätspolitik ist also völlig unstrategisch?

Lilla: Ja, weil sie expressiv ist, nicht persuasiv. Diese Unterscheidung ist zentral, um meinen Punkt zu verstehen: Die sind gar nicht daran interessiert, irgendwen zu überzeugen. Es geht ihnen nur darum, jemandem "eine Stimme zu geben", "Narrative" zu schaffen und Urteile zu fällen über andere.

ZEIT: Ihr Buch ist nicht nur eine Analyse, sondern Sie plädieren – als Linker – dafür, dass Linke die Identitätspolitik hinter sich lassen. Was sagen Sie jenen, die sich der Identitätspolitik verschrieben haben? Wie wollen Sie die überzeugen?

Lilla: Ich kann denen nur sagen: Wollt ihr tatsächlich gewinnen? Dann hört auf mit dem, was ihr da macht, das ist kontraproduktiv. Reiht euch ein ins Glied, helft mit. Wir müssen zusammenarbeiten. Dann können wir das Land von der wild gewordenen

Republikanischen Partei zurückzuerobern. Und wenn ihr daran gar nicht interessiert seid – dann viel Spaß noch, lebt wohl. *We have work to do.*